

Auszug aus dem Bericht des Petitionsausschusses (Stadt) Nr. 30 vom 1. Juli 2022

Der Ausschuss bittet, folgende Petition für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S20/35

Gegenstand: Parksituation am Bahnhof Bremen-Burg

Begründung:

Die Petentin berichtet in Ihrer im Oktober 2019 eingereichten Petition, dass sie seit Jahren täglich vom Bahnhof Bremen-Burg in die Bremer Innenstadt mit dem Zug pendele, jedoch ab ca. 8.00 Uhr morgens keine Parkplätze im Parkhaus und auf den Außenparkplätzen verfügbar seien. Daher sei sie manchmal gezwungen, mit dem Auto in die Bremer Innenstadt zu fahren, was sie vor dem Hintergrund eines ausgewogenen ökologischen Fußabdrucks als notwendige Mindestbedingung für Nachhaltigkeit nicht wolle. Daher bittet die Petentin um baldige Aufstockung des Parkhauses am Bahnhof Bremen-Nord beziehungsweise um Erweiterung der Außenparkflächen.

Die Petition wird von zwölf Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau eingeholt. Außerdem hatte die Petentin die Möglichkeit, ihr Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

In der Stellungnahme vom Februar 2020 der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wurde argumentiert, dass der Kostenaufwand für eine Erweiterung der Parkflächen vor dem Hintergrund der Möglichkeit, günstig per ÖPNV oder kostenlos per Fahrrad zum Bahnhof zu kommen, nicht angebracht sei und eine Erweiterung eher einen zusätzlichen (Fehl-)Anreiz für die Benutzung des Automobils darstelle. Daher werde eine Erweiterung der P+R-Angebote am Bahnhof Bremen-Burg nicht erwogen.

In der öffentlichen Anhörung vom Februar 2020 beschloss der Ausschuss sodann, sich im Rahmen einer Ortsbesichtigung ein Bild der Lage zu verschaffen. Dieses Ansinnen wurde vor dem Hintergrund der veränderten Nutzung seit Beginn der Corona-Pandemie (weniger Berufspendeln durch Homeoffice etc.) wiederholt verschoben, da sich die Gegebenheiten gegenüber der kurz vor Beginn der Pandemie beschriebenen Situation verändert darstellten.

Mit Schreiben vom Juni 2022 teilte die Petentin sodann mit, dass es abzuwarten bleibe, wie sich die Situation weiterentwickelt und sie einstweilen ihre Petition zurückzieht. Vor diesem Hintergrund erklärt der Ausschuss die Petition für erledigt.